35. Die Strafprozeßliste der Amtsanwälte als Urkunde im Sinne von § 348 Abs. 2 St.G.B.'s.

St.G.B. § 348 Abs. 2.

Geschäftsanweisung für die Amtsanwälte vom 29. August 1879 (Just.Min.Bl. S. 260) und vom 16. Dezember 1906 (Just.Min.Bl. S. 561) Art. 117—119.

V. Straffenat. Ur. v. 10. Oktober 1911 g. B. V 565/11.

I. Landgericht Duisburg.

Gründe:

Die Revision ist begründet.

Die Annahme der Strafkammer, daß sich die Eintragungen in der Strafprozeßliste des Amtsanwalts als Urkunden im Sinne von § 348 Abs. 2 St.G.B.'s darstellen, ist rechtlich nicht zu beanstanden, wenn dies dahin aufgefaßt wird, daß die Urkundeneigenschaft mindestens jedem unter einer Nummer stehenden Teile der Liste, insofern also einer jeden Eintragszeile zukommt, und zwar von dem Zeitpunkt an, in welchem Einträge auf einer solchen Zeile gemacht werden, auch wenn bei dem Beginne der Eintragungen die zu den weiteren Einträgen bestimmten Spalten noch nicht ausgefüllt sind. Es entscheidet insoweit auf der Grundlage von Art. 117—119 der Geschäftsanweisung für die Amtsanwälte vom 29. August 1879, in der Fassung vom 16. Dezember 1906, dieselben Gesichtspunkte, unter denen das Reichsgericht dem Kostenregister, dem Strafprozeßregister

des Amtsgerichts und dem allgemeinen Dienstregister der Gerichtsvollzieher Urkundeneigenschaft in dem vorbezeichneten Sinne gemeint hat (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 23 S. 236, Bd. 38 S. 46, Bd. 7 S. 252).

Der Umstand, daß die unter Art. 117 flg. der gedachten Geschäftsanweisung getroffenen Anordnungen die zusammenfassende Überschrift „A. Geschäftskontrollen“ erhalten haben und Art. 117 mit den Worten eingeleitet wird: „Als Geschäftskontrolle wird . . . die Strafprozeßliste . . . geführt“, steht dieser Auffassung nicht entgegen. Sachlich hat die Strafprozeßliste die gleiche Bedeutung, wie das Strafprozeßregister. Das zeigt sich in der Gleichartigkeit ihrer Einteilung, ihres Inhalts, ihrer Führung und kommt außerdem vollends in Art. 117 Nr. 7 der Geschäftsanweisung zum Ausdruck. Danach sind „im weiteren Verlaufe“, d. h. nach Eintragung der Sache bei ihrem Eingange, die die fernere Sachbehandlung betreffenden „Spalten 5—8 auszufüllen, so oft und sobald sich dazu Veranlassung bietet, damit die Lage jeder einzelnen Sache stets aus der Prozeßliste ersehen werden kann.“ Die Liste ist mithin nicht etwa dazu bestimmt, lediglich eine dienstliche Beaufsichtigung des betreffenden Beamten zu erleichtern, dient vielmehr zum Beweise von Tatsachen, ganz ebenso, wie es vom Reichsgericht in Entsch. Bd. 23 S. 236 mit Bezug auf das Kostenregister der preussischen Gerichtsstufen als das kennzeichnende Merkmal für dessen Urkundeneigenschaft im Sinne von § 348 Abs. 2 St.G.B.'s anerkannt worden ist. Die Wesensgleichheit dieser Prozeßliste mit dem beim Amtsgerichte geführten Strafprozeßregister (s. Entsch. in Straff. Bd. 38 S. 46), das sich mit dem Strafprozeßregister der Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte deckt, ist endlich auch darin hervorgetreten, daß neben diesem Register bisher auch bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht eine Strafprozeßliste geführt wurde, nämlich für die vor die Amtsgerichte oder die Schöffengerichte gehörigen Strafsachen, hinsichtlich deren dem Staatsanwälte die Geschäfte des Amtsanwalts auch für das Hauptverfahren übertragen waren¹, daß diese Strafprozeßliste aber erkennbar aus bloßen äußeren Zweckmäßigkeitsrücksichten von dem

¹ Geschäftsordnung für die Sekretariate der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten vom 28. November 1899 (Just.Min.Bl. S. 527) § 25.

Strafprozeßregister getrennt gehalten war und seit 1906 mit ihm vereinigt worden, d. h. in diesem aufgegangen ist.¹

(Es wird sodann ausgeführt, daß danach für die Frage, ob eine Verfälschung der Strafprozeßliste des Amtsanwalts vorliegt, u. a. die in Entsch. VI. 38 S. 46 [47 flg.] dargelegten rechtlichen Gesichtspunkte in Betracht zu ziehen seien.)